Deutscher Bundestag **Drucksache 19/8911**

19. Wahlperiode 02.04.2019

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frank Schäffler, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Bettina Stark-Watzinger, Markus Herbrand, Katja Hessel, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Torsten Herbst, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Christoph Meyer, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Die Auswirkungen der Niedrigzinsphase auf das Vermögen deutscher Sparer

Der Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) liegt seit März 2016 bei 0 Prozent. Der Zinssatz der Einlagefazilität, die es Banken ermöglicht, Geld über Nacht bei der Zentralbank zu verwahren, liegt bei minus 0,4 Prozent. In dieser Folge sind auch die Guthabenzinsen, welche die Banken gegenüber ihren Kunden bezahlen, stark gesunken. Die durchschnittlichen Zinsen für Tagesgelder, Festgelder und Spareinlagen betrugen im ersten Quartal in Deutschland 0,2 Prozent.

Den sinkenden Zinsen steht die Inflation entgegen. Diese stieg im Jahresverlauf 2018 auf bis zu 2,5 Prozent und lag im Monatsschnitt bei 1,9 Prozent. Dies ergibt für die deutschen Sparer seit einigen Jahren einen negativen Realzins bei klassischen Anlageformen wie Sparbüchern oder Tagesgeld. Für das erste Quartal 2018 berechnete die Beratungsgesellschaft Barkow in einer Studie daher einen Wertverlust für deutsche Sparer von 7,1 Mrd. Euro (www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/geldanlage-wegen-inflation-und-niedrigzins-deutsche-sparer-verlieren-dieses-jahr-28-milliarden-euro/21171724.html). Auf das Gesamtjahr 2018 hochgerechnet läge der Verlust sogar bei 28,4 Mrd. Euro. Die DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank geht von einem saldierten Verlust für die deutschen Geldvermögen seit Beginn der Niedrigzinsphase 2010 von kumuliert 295,5 Mrd. Euro aus (www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/ezb-vermeldet-ersten-zinsanstieg-seit-sieben-jahren-16024450.html).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung das durchschnittliche Nettovermögen (exklusive Rentenansprüchen) pro Haushalt in Deutschland?

   a) Wie hat sich das durchschnittliche Nettovermögen in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

   b) Wie stellt sich das durchschnittliche Nettovermögen in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den USA, Japan und der Schweiz dar?

2. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung das Median-Nettovermögen pro Haushalt in Deutschland?

   a) Wie hat sich das Median-Nettovermögen in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

   b) Wie stellt sich das Median-Nettovermögen in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den USA, Japan und der Schweiz dar?

3. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Sparquote pro Haushalt in Deutschland?

   a) Wie viel legt ein deutscher Haushalt im Jahr durchschnittlich bzw. im Median an?

   b) Wie hat sich das Sparverhalten in Deutschland (absolut und relativ zum Bruttoinlandsprodukt) in den letzten zehn Jahren verändert?

   Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen einer etwaigen Veränderung der Sparquote und der anhaltenden Niedrigzinsphase?

4. Wie ist das Vermögen in Deutschland nach Kenntnis der Bundesregierung auf verschiedene Anlageformen verteilt (Sparbuch, Tagesgeld, festverzinsliche Anlagen, Kapitallebensversicherungen, Aktien, Fonds, Immobilien, Edelmetalle, Riesterverträge etc.)?

   Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob und wie sich in den letzten zehn Jahren das Anlageverhalten durch die anhaltende Niedrigzinsphase verändert hat?

5. Wie viele Personen in Deutschland leben nach Kenntnis der Bundesregierung in Eigenheimen bzw. haben ein selbst genutztes Eigenheim erworben?

   a) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Preis, für den selbst genutzte Eigenheime in Deutschland derzeit erworben werden?

   b) Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Preisentwicklung in den letzten zehn Jahren?

   Wie steht diese nach Einschätzung im Zusammenhang mit der anhaltenden Niedrigzinsphase?

   c) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob und wie eine veränderte Hauserwerbsquote durch die anhaltende Niedrigzinsphase bedingt wird?

6. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Deutschen, die Aktien halten?

   a) Wie hat sich der Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

   b) Wie stellt sich der Anteil in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den USA, Japan und der Schweiz dar?

7. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Deutschen, die in aktiv gemanagte Fonds investieren?

   a) Wie hat sich das der Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

   b) Wie stellt sich der Anteil in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den USA, Japan und der Schweiz dar?

8. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Deutschen, die in börsengehandelte Fonds (ETFs) investieren?

   a) Wie hat sich der Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

   b) Wie stellt sich der Anteil in Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den USA, Japan und der Schweiz dar?

9. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Beratungsgesellschaft Barkow, dass die deutschen Sparer im ersten Quartal 2018 7,1 Mrd. Euro an Wertverlust erlitten haben?

10. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der DZ Bank, welche seit Beginn der Niedrigzinspolitik 2010 von einem saldierten kumulierten Verlust für die deutschen Geldvermögen aus den Niedrigzinsen von 295,5 Mrd. Euro ausgeht?

    Falls ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

    Falls nicht, welche Auffassung vertritt die Bundesregierung in dieser Thematik?

11. Welche weiteren Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie sich die Niedrigzinsphase auf das Vermögen deutscher Sparer auswirkt?

12. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den Aktienerwerb bzw. das Investieren in (aktive bzw. passive) Fonds attraktiver zu machen?

    Wie hoch wären nach Kenntnis der Bundesregierung die Steuermindereinnahmen durch Steuerfreiheit von Kursgewinnen für Wertpapiere (inklusive ETFs und Fonds) nach fünf Jahren Haltedauer**?**

13. Wie hoch wären nach Kenntnis der Bundesregierung die Steuermindereinnahmen durch eine Verdopplung des Sparerpauschbetrages?

14. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den privaten selbstgenutzten Immobilienbesitz zu erhöhen?

    Wie hoch wären nach Kenntnis der Bundesregierung die Steuermindereinnahmen durch einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer in Höhe von 400 000, 500 000, bzw. 600 000 Euro pro natürlicher Person?

15. Plant die Bundesregierung die vermögenswirksamen Leistungen zu reformieren?

    a) Zu welchen haushälterischen Mehrbelastungen würde nach Kenntnis der Bundesregierung eine Erhöhung der Einkommensgrenzen auf 40 000 bzw. 80 000 Euro führen?

    b) Zu welchen haushälterischen Mehrbelastungen würde nach Kenntnis der Bundesregierung eine Erhöhung der zu bezuschussenden Beitragshöhe auf 1 400 Euro mit einheitlichen 20 Prozent (sowohl für Bausparer als auch für Fondsanlagen) führen?

16. Plant die Bundesregierung ein digitales Vorsorgekonto, das unterschiedliche öffentlich-rechtliche Anwartschaften und private Anlageprodukte aufschlüsselt?

Berlin, den 13. März 2019

Christian Lindner und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333